

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (15. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Daniela Wagner, Oliver Krischer, Bettina Herlitzius, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 17/4017 –

Ungebundene EU-Mittel aus dem Konjunkturpaket (EEPR) unverzüglich für mehr Energieeffizienz nutzen

A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, sich im Sinne des Vorschlags der Kommission und des Europäischen Parlaments für den fristgerechten Abruf und die Verwendung der Mittel aus dem European Energy Programme for Recovery (EEPR) in Deutschland und in der EU einzusetzen, sich weiterhin dafür einzusetzen, dass auch möglicherweise weitere Mittel des Konjunkturpaketes, die nicht gebunden werden konnten, von der EU für Energieeffizienz eingesetzt werden und darüber hinaus die ungebundenen EU-Mittel, die nach Deutschland zurückfließen, zügig für mehr Energieeffizienz und regenerative Energien in der Bundesrepublik Deutschland zu nutzen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/4017 abzulehnen.

Berlin, den 9. März 2011

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Winfried Hermann
Vorsitzender

Volkmar Vogel (Kleinsaara)
Berichtersteller

elektronische Vorab-Fassung*

Bericht des Abgeordneten Volkmar Vogel (Kleinsaara)

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/4017** in seiner 78. Sitzung am 2. Dezember 2010 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, sich im Sinne des Vorschlags der Kommission und des Europäischen Parlaments für den fristgerechten Abruf und die Verwendung der Mittel aus dem European Energy Programme for Recovery (EEPR) in Deutschland und in der EU einzusetzen, sich dafür einzusetzen, dass auch möglicherweise weitere Mittel des Konjunkturpaketes, die nicht gebunden werden konnten, von der EU für Energieeffizienz eingesetzt werden und darüber hinaus die ungebundenen EU-Mittel, die nach Deutschland zurückfließen, zügig für mehr Energieeffizienz und regenerative Energien in der Bundesrepublik Deutschland zu nutzen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag auf Drucksache 17/4017 in seiner 34. Sitzung am 19. Januar 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag in seiner 30. Sitzung am 19. Januar 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und r FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag in seiner 29. Sitzung

am 19. Januar 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat die Vorlage in seiner 28. Sitzung am 19. Januar 2011 beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** wies darauf hin, dass auf europäischer Ebene derzeit erst Einzelheiten zu dem Verfahren und den Bedingungen für die Verwendung der Mittel erarbeitet würden. Man vertrete die Ansicht, dass in der EU nicht verbrauchte Mittel in die Mitgliedstaaten zurückfließen sollten und man über die Verwendung dann zu gegebener Zeit gemeinsam beraten solle. Aufgrund der derzeit bestehenden Unwägbarkeiten lehne man den Antrag ab.

Die **Fraktion der SPD** bemerkte, der Antrag sei auch eine Reaktion auf scharf zu kritisierende Einsparungen im Bereich des CO₂-Gebäudesanierungsprogramms. Der Antrag gehe in die richtige Richtung, aber sie könne ihm vor dem Hintergrund nicht zustimmen, dass am 4. Februar noch einmal ein Krisengipfel auf EU-Ebene stattfinden werde, weil die Klimaziele wahrscheinlich nicht erreichbar seien und es aus ihrer Sicht daher zu früh sei, die Mittel jetzt anderweitig zu verteilen.

Die **Fraktion der FDP** schloss sich den Ausführungen der Fraktion der CDU/CSU an. Sie wies darauf hin, dass man im Haushalt noch Korrekturen im Interesse der Energieeffizienz im Gebäudebestand vorgenommen habe.

Die **Fraktion DIE LINKE.** erklärte, sie unterstütze den Antrag inhaltlich, weil damit Kürzungen im Bundeshaushalt teilweise kompensiert werden könnten.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** stellte fest, es gehe hier um Gelder, die von den Mitgliedstaaten der Europäischen Union aufgebracht würden, die aber nicht komplett abgerufen worden seien. Die Bundesregierung bringe die Zielgruppe, nämlich Kommunen und private Bürger, um die Förderung, wenn sie diese Mittel aus der Europäischen Union zurückweise und sie in den EU-Haushalt zurückfließen lasse.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der

Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/4017.

Berlin, den 9. März 2011

Volkmar Vogel (Kleinsaara)
Berichtersteller

elektronische Vorab-Fassung*